

Seniorenbund gegen Kürzungen: «AHV ist kein Sanierungsfall»

Stellungnahme Mit den meisten von der Regierung geplanten Sanierungsmassnahmen zur AHV ist der Seniorenbund nicht einverstanden. Der LSB hat eigene Vorstellungen.

VON DANIELA FRITZ

Das Rentenalter um ein Jahr anheben, Beitragsätze erhöhen, die 13. Monatsrente streichen und den Staatsbeitrag zur Finanzierung der AHV deutlich senken: Das sind im Kern die geplanten Massnahmen der Regierung zur AHV-Sanierung, die Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini im Herbst vorstellte. Der Liechtensteiner Seniorenbund (LSB) zeigte sich gestern in einer Stellungnahme zum entsprechenden Vernehmlassungsbericht der Regierung - naturgemäss - nicht begeistert von dieser Lösung. Vielmehr hat die Interessensvertretung der heutigen Senioren eigene Vorschläge, um die Finanzierung der Renten zu gewährleisten. Wobei, wie der für die Finanzen des Seniorenbunds zuständige Max Manhart betonte, die AHV kein «Sanierungsfall» sei. Sie stehe auf gesunden Beinen, das AHV-Fondsvermögen betrage über knapp drei Milliarden Franken, was mehr als elf Jahresausgaben entspreche. So weit ist er auch mit Mauro Pedrazzini auf einer Linie. Dieser warnte aber vor der wachsenden Zahl der Rentner

(rund 750 pro Jahr), womit der Zuwachs an Beitragszahlungen nicht Schritt halten könne. Die Schere zwischen Einnahmen und Auszahlungen klappe immer weiter auseinander, ohne Gegensteuern würde das Fondsvermögen in den kommenden Jahren aufgezehrt, wie Pedrazzini gegenüber dem «Volksblatt» im Dezember mahnte.

Keine Kürzung des Staatsbeitrags

Der Seniorenbund hingegen sieht eher die heutigen Pensionisten in Bedrängnis. «Knapp 60 Prozent der Rentner lebt heute nur von der einfachen Säule, sie bekommen höchstens 2320 Franken im Monat ausbezahlt», unterstrich LSB-Präsidentin Christl Gstöhl. Eine Reduktion des

«Die 13. Monatsrente hat sich in der Praxis bewährt, eine zwölffmalige Auszahlung bringt keine Ersparnis.»

MAX MANHART
KASSIER DES LSB



LSB-Vizepräsidentin Josy Biedermann, Präsidentin Christl Gstöhl und Kassier Max Manhart sind mit den Vorschlägen der Regierung zur AHV-Reform weitestgehend nicht einverstanden. (Foto: Paul Trummer)

Staatsbeitrages auf 20 Millionen Franken würde die langfristige Sicherung der AHV in der Tat gefährden, wie es in der Stellungnahme des LSB heisst. Der Staatsbeitrag sei eine wichtige Säule zur Finanzierung des AHV, mit 20 Millionen ist dieser laut LSB-Kassier Manhart niedriger als noch 2001. Der Seniorenbund schlägt im Gegenteil vor, den Landesbeitrag auf 50 Millionen Franken festzusetzen. «Das ergibt im Vergleich zur bis 2017 gültigen Regelung immer noch eine Einsparung von 2 Millionen Franken», rechnete Manhart vor.

Wenig Anklang findet beim LSB auch die von der Regierung geplante Massnahme, die 13. Monatsrente auf 12 Tranchen umzulegen und so lange auf eine Teuerungsanpassung zu verzichten, bis das Weihnachtsgeld kompensiert ist. «Die 13. Monatsrente hat sich in der Praxis bewährt, viele rechnen bewusst damit. Zudem bringt es materiell keine Einsparungen», meinte Manhart. Dass der 13. dadurch getilgt wird, dass die Teuerung nicht mehr ausgeglichen wird, könne bei heutiger Inflation zwar länger gehen. «Seit der letzten AHV-Revision wird die Teuerung

aber längst nicht mehr voll ausgeglichen», klärte der LSB-Kassier auf. Das Abgehen vom Misch- zum Preisindex bedeute einen weit geringeren Teuerungsausgleich. Diese Massnahme sei laut Generationenbilanz jene, die am meisten zur langfristigen Sanierung der AHV beiträgt. Somit würde die heutige Rentnergeneration die Sicherung bereits mittragen.

Arbeiten, so lange man möchte

Weitaus offener ist der LSB dagegen, wenn es um die Erhöhung der Beitragsätze auf 8,1 Prozent geht, dies sei «moderat und erscheint verkraftbar». Nur der Zeitpunkt ist laut Manhart ungünstig gewählt. Noch erziele die AHV Überschüsse, zudem gebe es verschiedene Vorstösse, die betriebliche Vorsorge zu reformieren: «Dann werden die Arbeitnehmer ganz schön zur Kasse gebeten», wie der LSB-Kassier es formulierte. Eine Erhöhung des Rentenalters um ein Jahr erscheint dem Seniorenbund vor dem Hintergrund älterer und vitalerer Menschen zunächst plausibel. Auch im LSB-Vorstand sei schon länger über ein flexibles Rentenalter nachgedacht worden. Allerdings würden fast 70 Prozent der Erwerbstätigen vor dem gesetzlichen Pensionsalter aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Meist seien das jedoch aufs finanziellen Gründen nicht jene, für die aus gesundheitli-

cher Sicht eine Frühpensionierung angezeigt wäre. Vielmehr würden Gutverdiener in den Genuss der vorzeitigen Pensionierung kommen, heisst es seitens des LSB. «Wenn man schon die AHV sanieren möchte, sollte man die Frühpension nicht so attraktiv machen», forderte Manhart. Der Vorschlag des LSB: Die Kürzungssätze, die bei vorzeitigem Pensionsantritt fällig werden, auf Schweizer Niveau anzupassen. Ein Frührentner müsse derzeit schon mindestens 120 Jahre alt werden, damit er «draufzahlt», unterstrich Manhart.

Gleichzeitig spricht sich der Seniorenbund gegen eine lebenslange Beitragspflicht auf Erwerbseinkommen aus. «Eine solche Massnahme ist kontraproduktiv, weil es so weniger attraktiv ist, länger zu arbeiten», sagte Manhart. Viele würden ja auch darum weiterarbeiten, um ihre Rente aufzubessern. Zwar gebe es auch AHV-Bezieher, die sich rein finanziell einen Solidaritätsbeitrag leisten könnten. Diese hätten aber bereits während ihrer normalen Arbeitskarriere einen beträchtlichen Beitrag an die AHV geleistet.

Inwiefern die Vorschläge des Seniorenbunds Anklang finden, wird sich vermutlich noch in diesem Jahr zeigen. Die AHV-Reform könnte laut Pedrazzini noch im September im Landtag behandelt werden.